

# Meldungen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

## Weitere Kontakte Taleban-Iran

Trotz offiziell angespannter Kontakte hat erneut eine Taleban-Delegation, allerdings auf unterer Ebene, das Nachbarland Iran besucht. Das meldete die offizielle iranische Nachrichtenagentur 'IRNA' am 1. August unter Berufung auf iranische Zeitungsberichte. Ein Taleban-Sprecher in Islamabad wollte diesen Besuch "weder bestreiten noch bestätigen", erklärte aber: "Was ich sagen kann, ist, daß die Taleban und iranische Stellen in Kontakt miteinander stehen." Offenbar geht es bei den Gesprächen darum, daß es die Taleban afghanischen Geschäftsleuten verweigern, Iran als Transitroute zu benutzen. Die Beziehungen sind gespannt, als es 1998 nach dem Mord an mehreren iranischen Diplomaten auf Taleban-Gebiet beinahe zu einem Krieg zwischen beiden Seiten gekommen wäre. Zudem beschuldigen die Taleban den westlichen Nachbarn, ihre Gegner um Ahmad Schah Massud massiv zu unterstützen.

## CIA soll Mullah Omar stürzen

Das ist die Idee der Washingtoner 'Afghanistan Foundation', die diesen Vorschlag der US-Regierung in einem jüngst veröffentlichten Bericht unterbreitete. Washington solle eine "breiter angelegte Politik zur Wiederherstellung des Friedens in Afghanistan" fahren, heißt es darin, und "sollte mehr tun, um die Taleban um die Taleban zu schwächen und zu transformieren", meint Stiftungschef Don Ritter, ein früherer republikanischer Kongressabgeordneter laut 'Far Eastern Economic Review'. "Die Taleban müssen aufhören, irgendwelche terroristischen Gruppen zu beheimaten, und terroristische Trainingscamps schließen." Dazu solle die CIA Taleban-Gemäßigte finanzieren und bewaffnen, damit sie ihren geistlichen Führer Mullah Omar stürzen oder alternativ eine Rückkehr des früheren Königs Muhammad Zahir Shah betreiben. Was die USA wirklich tun könnten, heißt es dazu bei der UNO, wäre, ernsthaften Druck auf die Nachbarstaaten auszuüben, damit sie ihre Waffenlieferungen beenden - dies gelte vor allem für Pakistan.

## Taleban-Chef friedliebend

Taleban-Chef Mullah Muhammad Omar hat am 24. Juli Pakistan und In-

dien aufgefordert, eine Verhandlungslösung in der Kashmir-Frage zu suchen, laut 'Afghan Islamic Press' mit Sitz in Pakistan. Ansonsten könne das "ernste Konsequenzen" haben. Indien hatte die Taleban beschuldigt, die pakistanischen Truppen im umkämpften Kargil-Sektor zu unterstützen.

## UNO: Rekord-Weizendefizit in Afghanistan

Afghanistans Weizenproduktion kann nur gut drei Viertel des Inlandbedarfs für die nächsten zwölf Monate abdecken. Die UNO geht von einem Rekorddefizit von 1,12 Millionen Tonnen bei einem Bedarf von 4,36 Millionen Tonnen aus. Es waren zwei Rekordernten vorausgegangen, die jedoch ebenfalls nicht den Gesamtbedarf abdecken konnten. Das Defizit werde laut Sackett durch kommerzielle Importe von etwa 800.000 Tonnen vor allem aus Pakistan und 109.000 Tonnen WFP-Soforthilfe aufgefangen. Allerdings würden dann immer noch 226.000 Tonnen fehlen. Laut WFP sei die geringere Ernte in Regengefeldbau-Gebieten hauptverantwortlich für den Rückgang, aber auch die Verwendung wichtiger Anbauflächen für 'Cash-Crops' wie Opium, Zwiebeln, Kartoffeln, Obst und Mandeln, sowie die anhaltenden Kämpfe und der Mangel an Bewässerungsmöglichkeiten. Besonders betroffen sei das zentrale Hazarajat, aber auch die arme Bevölkerung der Städte Kabul und Mazar-e Scharif könne kein Getreide zu den handelsüblichen Preisen bezahlen.

## 51.000 Rückkehrer aus Pakistan

Mindestens 51.000 afghanische Flüchtlinge sind in den letzten sechs Monaten nach Angaben des UNHCR aus Pakistan in ihre Heimat zurückgekehrt. 1.500 davon seien über Iran zurückgekehrt. Das UNHCR gibt jeder Rückkehrerfamilie drei Säcke Weizen und 5.000 Rupien Starthilfe mit. 1998 waren es insgesamt 80.000 Rückkehrer.

## Mord in Quetta

Der 74jährige Abdul Ahad Karzai, ein prominenter afghanischer Politiker und Anhänger des 1973 gestürzten Königs, wurde am 15. Juli von zwei unbekanntenen Männern auf einem Motorrad erschossen, als er eine Moschee in Quetta

verließ. Karzai gehörte zu einer der angesehensten Diplomatenfamilien Afghanistans, war Anfang der 70er Jahre Sprecher des afghanischen Parlaments und Führer eines der größten afghanischen Pashtunen-Stämme, der Popalzai. Deren Hochburg ist die südostafghanische Stadt Kandahar, die auch die Taleban-Bewegung zu ihrem Hauptquartier gemacht hat. Die königstreue Karzai-Familie ist deshalb eine der wichtigsten politischen Konkurrenten der Taleban. Abdul Ahad Karzai lebte seit Jahren in den USA, war aber im Auftrag des in Rom lebenden Ex-Monarchen vor sechs Monaten nach Pakistan gereist, um eine 'Loja Dschirga' - die repräsentative Versammlung aller afghanischen Ethnien - zu organisieren. Diese Versammlung sollte eine innerafghanische Regelung des Konflikts zwischen den Taleban - die diese Form der Vermittlung allerdings ablehnten - und ihren Gegnern in die Wege leiten.

## Afghanen im Hungerstreik

23 Afghanen sind Ende Juli in der nordungarischen Stadt Nyirbator in den Hungerstreik getreten, um ihre Anerkennung als politische Flüchtlinge durchzusetzen. Ihr Sprecher Scharifi Abdullah sagte einer ungarischen Menschenrechtsgruppe, die 23 seien Opfer politischer oder religiöser Diskriminierung.

## Telefon-Gesellschaft ignoriert Taleban-Embargo

Die 'Telephone Systems International' (TSI) aus Parsippany im US-Staat New Jersey, die in Taleban-Afghanistan ein Satellitentelefon-Netz installieren will, hat erklärt, sie wolle das von US-Präsident Clinton verhängte Verbot amerikanisch-talebanischer Handelskontakte ignorieren. Das Projekt hat einen Wert von 240 Millionen Dollar und ist nach TSI-Angaben die größte Auslandsinvestition in Afghanistan seit dem sowjetischen Einmarsch 1979. Bereits im Mai richtete das Unternehmen Büros in Kabul und Kandahar ein, von wo aus bereits telefoniert werden kann. Einer der TSI-Hauptinvestoren, der Brite Michael Cecil, erklärte, er sei noch nicht offiziell von dem Embargo unterrichtet worden. Und wenn, hätte das keinen Effekt, weil die Gesellschaft dann nach Großbritannien verlegt werde. "Ich fühle mich in keiner Weise an die Edikte der amerika-

nischen Regierung gebunden und werde sie nicht beachten", sagte er Anfang Juli der 'New York Times'. Dem Bericht zufolge, der sich auf Angaben des 'State Department' bezog, betrug der Handel zwischen den USA und Afghanistan 1998 etwa 24 Millionen Dollar. TSI ist die einzige US-Gesellschaft, die nennenswerte Kontakte nach Afghanistan unterhält, nachdem sich die Ölfirma 'UNOCAL' aus einem Pipeline-Milliardenprojekt zurückgezogen hat.

### Landminen-Plage

Die UNO hat bis Anfang Juli in Afghanistan etwa eine Million Explosivkörper, darunter Anti-Personen-Minen, zerstört. Ian Bullpit, Manager des 'Mine Action Programme' für Afghanistan, sagte auf einer Pressekonferenz in Islamabad, es würde weitere sieben Jahre dauern, bis die meisten verbliebenen Minen geräumt seien. "Afghanistan bleibt das am stärksten verminten Land der Welt", sagte er, und das "mit katastrophalen Auswirkungen auf Millionen von Menschen". Allerdings sehe sich das Minenräumungs-Programm einem finanziellen Fehlbetrag von zehn Millionen Dollar gegenüber. Die Geberländer hätten erst 15 der 1999 benötigten 25,66 Millionen Dollar dafür bereitgestellt. Gleichzeitig beschuldigte Bullpit die Oppositionstruppen, neue Landminen

zu verlegen, während seine Agentur keine konkreten Beweise dafür bei den Taleban habe. 1998 hatte Taleban-Chef Mullah Omar sogar ein Dekret gegen die Verwendung von Landminen erlassen.

In einem Beitrag für die Hamburger Zeitschrift 'Überblick' (Juni 1999) hatte Michael Flynn, Minenexperte und Mitherausgeber der US-Zeitschrift 'Bulletin of Atomic Scientists' allerdings die weit verbreitete Zahl in Zweifel gezogen, daß in Afghanistan zehn Millionen Landminen verlegt seien. Danach, so Flynn, hätten die Sowjets während ihrer Besatzung 3.000 Minen täglich verlegen müssen. Während das UN-Landminenarchiv für die am stärksten verminten Länder Afghanistan, Angola, Kambodscha, Mosambik, Bosnien und Kroatien insgesamt 40 Millionen Minen angebe, rechnet der britische 'Halo Trust', der in all diesen Ländern bei der Räumung aktiv ist, mit 1,6 bis 2,5 Millionen Minen. Die überhöhten Zahlen halten, Flynn's Auffassung nach, viele potentielle Financiers davon ab, in die "ausichtslose Sache" Minenräumung Geld zu stecken. Deshalb seien Überreibungen kontraproduktiv.

### Afghanen für Frauenbeteiligung

Die Teilnehmer eines Treffens "unparteiischer Afghanen" in Rom, die eine 'Loya Jirga' (die "Große Versammlung"

nach afghanischer Tradition) vorbereiten wollen, haben sich u.a. für die Beteiligung von Frauen an der 'Jirga' ausgesprochen. Die Taleban, so der früherer Rabbani-treue Außenminister Hedayat Amin Arsala, würden früher oder später "begreifen, daß Frauen ihre Rechte haben und sie im Rahmen des Islam durchsetzen werden". Genau das aber ist es, was auch die Taleban als Begründung anführen: daß der Islam den Frauen eben jene (geringsten) Rechte zubillige, wie sie sie mit ihrer Verbotspolitik handhaben. Die Teilnehmer des Treffens besprachen die jüngsten Friedensvorschläge des früheren Königs Zahir Shah, dem sie auch weiterführende Vorschläge unterbreiteten. Einzelheiten wurden nicht bekanntgegeben.

### Opiumernte gestiegen

Das UN-Informationszentrum rechnet für 1999 erneut mit einer Steigerung der afghanischen Opiumernte. Bernard Frahi, Repräsentant des 'United Nations International Drug Control Programme' (UNDCP) für Pakistan und Afghanistan gab bekannt, daß Afghanistan vor Myanmar (Burma) größter Produzent des Rauschgift-Rohstoffs bleibe. 1998 wurden dort 63.000 Hektar Land mit Opium bebaut, aber die Ernte blieb wegen schlechten Wetters mit 2.100 Tonnen hinter den Erwartungen zurück.

## Sommeroffensive soll militärische Entscheidung erzwingen

von Thomas Ruttig

Bei ihrer größten militärischen Offensive seit zehn Monaten haben die Taleban erhebliche Geländegewinne nördlich von Kabul erzielt. Binnen sechs Tagen durchquerten sie die stark verminten Schomali-Ebene, die die afghanische Hauptstadt von der Hochburg ihrer Gegner im schwer zugänglichen Panjshir-Tal trennt, und schoben die Frontlinie um etwa 25 Kilometer Richtung Norden vor. Dabei fielen am 2. Juli die beiden Provinzhauptstädte Mahmud Raqi und Tscharikar sowie die Städte Gulbahar und Dshabal us-Seradsh direkt am Eingang des Panjshir-Tales. Im Norden an der Flußgrenze zu Tadjikistan nahmen sie am 3. Juli den Hafen Scher Khan Bandar ein. Derzeit versuchen sie, den Salang-Tunnel zu erobern, der einen Zugang zu den nördlicher gelegenen Gebieten eröffnen würde. Auch ein Taleban-Angriff auf die Stadt Taloqan in

Nord-Afghanistan wird jetzt erwartet. Allerdings haben die Taleban die Schomali-Ebene bereits zweimal erobert - 1998 und im September 1996 -, aber nicht halten können. Unabhängige Beobachter geben die Zahl der Verwundeten und Toten auf beiden Seiten mit 1.000 bis 1.500 an. In Kabul stieg der Mehlpreis in Folge der Kämpfe um ein Fünftel.

Taleban-Chef Mullah Muhammad Omar forderte die Opposition am 4. Juli zur Kapitulation auf und bot eine Amnestie an. "Alle jene, die immer noch zur Opposition halten, sind aufgefordert, sich nicht gegen ihre Religion und ihr Land zu stellen und die Waffen niederzulegen", sagte er.

Die Kämpfe lösten auch eine neue Massenflucht aus. Tscharikar soll fast völlig verlassen gewesen sein, als die Taleban einrückten. "Wenigstens

200.000 Menschen sind innerhalb von 24 Stunden in das Panjshir geflohen", sagte Oppositionssprecher Abdullah am 3. August. "Afghanistan hat so etwas nicht einmal in sowjetischen Zeiten gesehen." Die Gesamtzahl der Flüchtlinge wird auf 250.000 bis 300.000 geschätzt. Die Bevölkerung des Panjshir hat sich damit verdoppelt. Die Opposition beschuldigte die Taleban, in Guldara, Schakardara, Istalif und Bagram Vergeltungsmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung gestartet zu haben, und bat dringend um internationale Hilfe. Die Taleban gaben zu, die eroberten Gebiete von der Zivilbevölkerung zu räumen. Allerdings wird als Begründung angegeben, man wolle sie schützen und an sichere Orte bringen.

Begonnen wurde die Offensive am 28. Juli, nur eine Woche nach der gescheiterten Afghanistan-Konferenz in Tasch-